

bereich, diktiert vom chronischen Personalmangel, hinweg.

Was vom Gesetzgeber als unterstützender und verstärkender Dienst am Allgemeinwohl gedacht war, hatte sich mancherorts, erzwungen durch die Not der Stunde, zu einem gewöhnlichen Arbeitsplatz entwickelt. Seitdem ist es nahezu zum Ritual geworden: Äußert die politische Szene Bedenken im Blick auf den Fortbestand der Wehrpflicht, antworten die Wohlfahrtsverbände mit keineswegs erfundenen oder übertriebenen horrenden Zahlen. Die Botschaft an die ganze Gesellschaft ist einfach und wird doch mißverstanden: Nehmt ihr uns die „Zivis“ fort, müßt ihr zahlen, auch die Aufrechterhaltung des Sozialsystems gibt's nicht zum Nulltarif. Verstanden wird jedoch: Erhaltet die Wehrpflicht, damit auch der Zivildienst erhalten bleiben kann.

Da dies jedoch immer schwieriger zu begründen ist, wird mit der gleichen schönen Regelmäßigkeit der Gedanke an ein *allgemeines soziales Jahr* ins Spiel gebracht. Ideal gesehen wäre diese Einrichtung mit ihrer offiziellen Begründung kaum abzulehnen. Ließe sich so die soziale Kompetenz junger Erwachsener fördern, würde dies unserer doch so häufig als „Ellenbogengesellschaft“ apostrophierten Gesellschaft kaum schaden. Könnte so zudem eine gewisse Sensibilität für nicht ersetzbares ehrenamtliches Engagement geweckt werden, wäre eine solche allgemeine soziale Dienstpflicht ebenso wünschenswert. Eine neue „Schule der Nation“ würde entstehen, deren Erziehungsziel nun nicht mehr der harte, pflicht- und ordnungsbewußte Mann wäre, sondern der empathische, sensible und hilfsbereite.

Diese Idee müßte jedoch erst einmal konkretisiert werden. Denn zunächst bleibt die Frage offen, wieweit eine soziale Motivation unter *Zwang* entstehen könnte. Gerade in der Behindertenbetreuung oder der Altenpflege wäre es den zu Betreuenden gegenüber unverantwortlich, auf ein „mit der Zeit wird er's schon lernen“ zu verweisen. Damit ist freilich keineswegs bestritten, daß es

bei den jungen Erwachsenen zu vielen überraschend positiven Erfahrungen wider alle Erwartung kommen kann.

So oft die Idee aufkommt, wird ebenso gefordert, eine solche allgemeine Dienstpflicht müsse selbstverständlich *junge Männer wie Frauen* einschließen. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß das Argument, mit dem schon früher gegen ein – unter dem Stichwort der Gerechtigkeit gefordertes – soziales Pflichtjahr für Frauen gestritten wurde, auch weiterhin Gültigkeit besitzt. Frauen – und das beweisen sämtliche neue Studien – leisten trotz zunehmender Erwerbstätigkeit immer noch den Löwenanteil an Sozialarbeit in der Familie, Kindererziehung und Pflege von Eltern, Großeltern und Verwandten. Auch sind sie durch diese Doppelbelastung immer noch in ihren beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten eingeschränkt. Befürchtungen wegen einer ungebührlichen Belastung des männlichen Geschlechtes mit sozialen Belangen sind da mehr als unbegründet.

Vor allem aber wäre für ein soziales Pflichtjahr eine *schlüssige Konzeption* zu erarbeiten, die in erster Linie verhindern müßte, daß hier erneut nur Lücken im Pflege und Sozialbereich gestopft werden. Dieser Dienst müßte erneut – oder besser diesmal wirklich – „arbeitsmarktneutral“ gestaltet werden. Eine breite Palette gesicherter Einsatzmöglichkeiten vom Umwelt- zum Sozialbereich sollte garantiert werden, die berücksichtigt, daß nicht jeder für alles geeignet ist. Zudem wären pädagogische Begleitmaßnahmen ebenso erforderlich wie ein erheblicher Verwaltungsapparat. Wie für den bestehenden Wehrdienst auch müßten Kriterien zur Beurteilung der Tauglichkeit erarbeitet werden, die sicher durch die vielfältigen möglichen Einsatzbereiche nicht weniger kompliziert ausfallen würden. Und nach welchen Maßstäben könnten Freistellungen, die weiterhin gewährleistet sein müßten, gewährt werden?

Die Misere im Pflegebereich kann nur dadurch gelöst werden, daß sich die gesamte Gesellschaft fragt, warum zumindest ein großer Teil der Sozialberufe

(insbesondere im pädagogisch und sozialpädagogischen Bereich) so unattraktiv ist, wie er ist, besonders aber wieviel sie bereit ist zu zahlen, damit dies anders wird. Warum verfügt eine Dienstleistungsgesellschaft, in der mittlerweile nahezu alle Lebensvollzüge arbeitsteilig bewältigt werden, nicht über die Bereitschaft, das geforderte Maß an angemessen bezahlten *hauptamtlichen Fachkräften* auch im Sozialbereich aufzubringen? Diese würden sich, beispielsweise in den Altenheimen, sicherlich mindestens ebenso liebevoll wie junge enthusiastische Menschen auch für die seelischen Belange der Betreuten einsetzen, wenn dies ein anderer Stellenschlüssel zuließe. fo

## Abkühlung

*Die neue US-Administration und die katholische Kirche*

Das Verhältnis der US-Administration zu den christlichen Religionsgemeinschaften gehört in den Vereinigten Staaten nach dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten zu den beliebtesten Themen für Kommentar und Spekulation. Dabei geht es nicht nur um die persönliche Frömmigkeit eines Präsidenten. Es geht um das Wahlverhalten der Mitglieder verschiedener Kirchen und Denominationen, vor allem um die Frage, auf welchen Gebieten der christliche bzw. der kirchlich praktizierende Teil der US-Bevölkerung ein politischer Verbündeter der neuen Administration werden könnte, wo gemeinsame Interessen liegen und wo Konflikte vorprogrammiert sind.

Beim nicht-fundamentalistischen Baptisten *William Jefferson Clinton* – und seiner methodistischen Ehefrau Hillary, wie man in der gegenwärtigen Konstellation wohl hinzufügen muß – war dies beim Einzug ins Weiße Haus am traditionellen Inaugurationstag, dem 20. Januar, im Prinzip nicht anders. Dem Anlaß entsprechend war dieser Tag wieder

einmal ein Höhepunkt amerikanischer „Civil religion“. Den traditionellen ökumenischen Gottesdienst besuchte Clinton als erster US-Präsident in einer afro-amerikanischen Gemeinde, eine Geste, mit der er die von ihm gewählte Schwerpunktsetzung zugunsten von Minderheiten unterstreichen wollte.

Im Wahlkampf hatte sich das Verhältnis zu den Kirchen vor allem auf die Frage zugespitzt, wie es mit dem *Abtreibungsthema* unter einem Präsidenten Clinton weitergehen würde. Religiöse Gruppen und Kirchen gehören zu den Hauptstützen der Pro-life-Bewegung. Clinton hatte bereits im Wahlkampf aus seiner Pro-choice-Position keinen Hehl gemacht.

Und dieser Linie blieb er auch nach seiner Installierung als 42. Präsident der Vereinigten Staaten treu. Gleich in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft strapazierte Clinton sein Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften und Kirchen mit einigen Entscheidungen bzw. Vorstößen, die in diesen Kreisen denn auch auf sehr geteiltes Echo stießen. Dazu gehört der weniger bei Militärs und Militärfachleuten mit erheblichen Bedenken aufgenommene Vorschlag, *Homosexuelle* in den US-Streitkräften einen legalen Status zu verschaffen. Die Gemüter hochgehen ließen vor allem die Rücknahme einiger unter den Präsidenten Reagan und Bush erlassenen Einschränkungen im *Abtreibungsbereich*: Staatlich geförderten Kliniken war untersagt worden, in Sachen Schwangerschaftsabbruch zu beraten. In Militärkrankenhäusern außerhalb der USA waren Abtreibungen nicht gestattet. Eine weitere Kehrtwende bedeutete die Entscheidung Clintons, das Verbot der Einführung der sogenannten Abtreibungspille RU 486 (vgl. HK, Januar 1989, 15ff.) überprüfen zu lassen.

Die Proteste ließen nicht lange auf sich warten. Daß die Zeichen bei den Abtreibungsgegnern auf Sturm stehen, zeigte sich bereits bei einer Großdemonstration der Pro-life-Bewegung am 20. Jahrestag der epochemachenden Abtreibungsentscheidung des amerika-

nischen Verfassungsgerichtshofes vom 22. Januar 1973 (vgl. HK, März 1973, 121ff.). Er riskiere als „Abtreibungspräsident“ in die Geschichte einzugehen, hielten ihm seine Kritiker vor. Man warf Clinton vor, er verstricke sich in Widersprüche, wenn er verkünde, sich in seiner Präsidentschaft besonders um die Nöte der Kinder kümmern zu wollen, und zugleich den Schutz des ungeborenen Lebens abbaue.

Scharfe Kritik kam auch vom vaticanischen „Osservatore Romano“ (24. 1. 93). Die Entscheidungen Clintons bedeuteten, keinen Fortschritt in der Sache. Der Menschheit werde wieder einmal eine „demütigende Niederlage des Lebens“ aufgezwungen. Auch Vertreter des deutschen Katholizismus reihten sich unter die Clinton-Kritiker: Der Leiter des Kommissariates der deutschen Bischöfe, Prälat *Paul Bocklet*, kritisierte u. a. die Haltung des US-Präsidenten zu RU 486. Diese habe leider dazu geführt, daß nun auch deutsche Politiker die Ankündigung aufgriffen, um auch in Deutschland für das Abtreibungsmittel „Druck zu machen“. Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Rita Waschbüsch*, meinte, Clintons Präsidentschaft beginne mit einem „Verstoß gegen die Menschenwürde“. Die Abtreibungspille RU 486 bedeute eine „neue Qualität des Tötens“.

Für die US-Kirche beginnt damit eine gerade auch in den eigenen Reihen nicht immer leichte Neueinschätzung der gesamtgesellschaftlichen Lage wie auch der neuen Präsidentschaft. In den Jahren der Reagan-Busch-Administration stand es um die Beziehungen der katholischen Kirche zum Präsidenten recht gut. In diese Jahre fallen u. a. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und dem Apostolischen Stuhl, auch wenn diese Entwicklung damals von manchem US-Bischof selbst mit durchaus gemischten Gefühlen gesehen wurde – erleichtert sie der Regierung doch an den Bischöfen vorbei den direkten Draht nach Rom. Die im Kern positive Haltung zur katholischen Kirche, für die die zuneh-

mend restriktivere Haltung der US-Regierung in der Abtreibungsfrage eine wichtige Grundlage bildete, überstand die Veröffentlichung der beiden Hirtenbriefe der US-Bischöfe zu Friedens- und Wirtschaftsfragen. Und sie änderte sich im Grund nicht einmal, als nicht-amerikanische katholische Kräfte im Zusammenhang mit dem Golfkrieg eine scharfe, gegen das amerikanische Militärendagement im Irak gerichtete Politik verfolgten. Insofern verwunderte es auch nicht, daß einige US-Bischöfe unumwunden Sympathie für einen Verbleib des bisherigen Präsidenten George Bush im Amt zeigten.

Gegenüber der Clinton-Administration wird daher eine gewisse Abkühlung zunächst unvermeidlich sein, auch wenn in einer Reihe von politischen Fragen, die nicht das Abtreibungsthema betreffen, die Nähe zu Positionen der Demokraten größer ausfallen dürfte. Hoffnungen machen sich gerade die Katholiken insofern, als dem neuen Präsidenten im Zusammenhang mit dessen Studium an der von den Jesuiten getragenen Georgetown-University Interesse an der *kirchlichen Sozialverkündigung* nachgesagt wird. Ein Präsident, der sich zumindest bisher verbal deutlicher als seine Vorgänger für soziale Gerechtigkeit und ökologische Fragen stark macht, wird hier zumindest atmosphärisch einiges erleichtern.

Bleibt indessen die Tatsache, daß viele Katholiken bei den Wahlen im November nach den Reagan-Busch-Jahren wieder ihrer traditionellen Partei, den Demokraten, zurückgekehrt sind, obwohl ihnen klar sein mußte, wie der demokratische Kandidat zur Abtreibung steht. Die Bereitschaft, die Wahlentscheidung in erster Linie von dieser Frage abhängig zu machen, war allem Anschein nach wenig ausgeprägt. In der US-Kirche wird dies denjenigen Kräften Auftrieb geben, die auch bereits in der Vergangenheit dafür eintraten, Lebensschutz nicht auf das Abtreibungsthema zu verengen, und die es für wenig hilfreich hielten, in der Abtreibungsfrage in erster Linie für gesetzliche Verschärfungen einzutreten. nt